

deutschen Justiz als eines Instruments der Politik der Bonner Militaristen und Revanchisten bei? Wie tragen sie dazu bei, daß die 1000 in Westdeutschland wieder amtierenden Blutrichter amtsenthoben und bestraft werden? Wie helfen die Richter bei der Verwirklichung der Aufgaben des Siebenjahrplans?

Einige Schöffen berichteten in der Diskussion u. a. über die Aussprachen, die von den Richtern mit unseren Menschen geführt werden, und erläuterten, daß es notwendig ist, eine enge Verbindung zwischen den Justizfunktionären und den Werktätigen herzustellen, um diese stärker in die Bekämpfung der Kriminalität und anderer Rechtsverletzungen einzubeziehen.

Das Vertrauen der Bürger zu unseren Richtern zeigte sich u. a. auch darin, daß ein Brigademitglied einer LPG anerkennend hervorhob, daß die Richter sich vorbildlich bei der Ernte und bei der Durchsetzung des Musterstatuts eingesetzt haben.

Das Schlußwort hielt der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, der anschaulich darlegte, warum die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ein wichtiger Bestandteil der Durchführung des Gesetzes über den Siebenjahrplan ist.

Von den Versammelten wurde abschließend einstimmig eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Das Memorandum der Bonner Nazigenerale und die verschärfte Revanchehetze der Adenauer-Minister in Westdeutschland und Westberlin beweisen, daß die westdeutsche Regierung den Revanchismus zu ihrer offiziellen Staatspolitik erhoben hat. . . . Die Revanchegeleüste der deutschen Militaristen bedrohen die Heimat aller deutschen Menschen aufs stärkste, denn sie beschwören für ganz Deutschland noch schrecklichere Verwüstungen herauf, als sie der totale Krieg der Faschisten gebracht hat.

Wir, die Teilnehmer der heutigen Großveranstaltung in Gera, haben mit Genugtuung von der Erklärung der Regierung der DDR gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze Kenntnis genommen und der Erklärung vollinhaltlich zugestimmt.

Wir begrüßen, daß mit der Wahl der Richter in der Deutschen Demokratischen Republik die Forderung des V. Parteitags erfüllt wird und dem Arbeiter- und Bauern-Staat treu ergebene Menschen im Namen der Werktätigen Recht sprechen.

Wir sind überzeugt, daß die heute vorgestellten Kandidaten die sozialistische Gesetzlichkeit durchsetzen und sich vorbehaltlos für die Friedenspolitik unserer Regierung einsetzen werden. Aus dieser Überzeugung Jieraus stimmen wir ihrer Kandidatur voll und ganz zu.“

Magdeburg Vor 300 Arbeitern und Angestellten aus den Dimitroff- und Thälmannwerken in

Magdeburg erläuterte der stellvertretende Abteilungsleiter beim Bundesvorstand des FDGB, Rudi K r a n k e , die politische Bedeutung der Richterwahl in der DDR.

Die Magdeburger Maschinenbauer sprachen den Kandidaten vom Bezirksgericht, die ihre Gedanken über ihre künftige Tätigkeit als Richter vorgetragen hatten, ihr volles Vertrauen aus.

„Richter, kommt zu uns in die Betriebe!“ — das war die Forderung, die die Arbeiter erhoben und die unsere Richter erfüllen werden, denn sie brauchen sich nicht zu fürchten, wenn es heißt, Rechenschaft vor den Arbeitern abzulegen.

Daß es dagegen die westzonalen Blutrichter nicht wagen könnten, vor der Bevölkerung offen aufzutreten und ihr Rechenschaft zu geben, bewies der Leiter der Justizverwaltungsstelle eindringlich an Hand einiger Originalurteile von Nazi-Blutrichtern, die früher in Magdeburg tätig waren und heute wieder in Westdeutschland in Amt und Würden sind.

Den volksfeindlichen Charakter der Bonner Justiz entlarvte auch der Diskussionsbeitrag des Genossen

Kurt Sack, der 1958 vom politischen Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe in einem Musterprozeß gegen die gesamtdeutsche Verständigung der Gewerkschafter verurteilt worden war.

In einer Protestresolution brachten die Magdeburger Maschinenbauer ihre Empörung über die widerrechtliche Verhaftung ihres Kollegen Heinz Strauch durch die Adenauer-Polizei zum Ausdruck. Heinz Strauch war nach Westdeutschland gefahren, um mit westdeutschen Gewerkschaftskollegen über die Erhaltung des Friedens und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu sprechen. „Ein solches Gespräch“, schreiben die Maschinenbauer, „ist kein Verbrechen. Wir protestieren deshalb gegen die Willkürmaßnahme und fordern die sofortige Freilassung unseres Kollegen.“

Schwerin Eine eindrucksvolle Auftaktveranstaltung zur Richterwahl fand am 12. September im großen Saal des Hauses der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Schwerin statt, an der vor allem Gewerkschaftsfunktionäre aus den Betrieben teilnahmen.

Den Ausführungen des Oberrichters Klar vom Obersten Gericht folgte die Vorstellung der Richterkandidaten. Mit einfachen, aber lebendigen Worten berichtete z. B. die Direktorin des Kreisgerichts Schwerin-Stadt, Genossin Gerda Grube, über ihr Leben und ihre verantwortungsvolle Arbeit. Sie schilderte an Hand einiger Beispiele, wie das Gericht durch seine Rechtsprechung mithilft, Schwierigkeiten und Hemmnisse auf dem Gebiet des Handels, der Jugenderziehung und des Familienlebens zu beseitigen. Besonders hervorzuheben war dabei die menschliche Wärme, mit der sie sprach. Jeder spürte, daß diese Richterin eine große Lebenserfahrung besitzt und eindeutig Partei für die Sache des Sozialismus ergreift.

In der anschließenden Aussprache berichteten Schöffen über ihre Tätigkeit am Gericht und über ihre gute Zusammenarbeit mit den Richtern. Ein Schöffe, Abgeordneter und Mitglied der LDPD, faßte das in die Worte: „Wenn sich heute unsere Richter vorstellen, dann stehen sie nicht allein. Neben ihnen stehen wir Schöffen. Wir arbeiten gleichberechtigt mit ihnen zusammen.“

Mit großer Aufmerksamkeit wurden auch die Ausführungen eines Arbeiters aufgenommen, der in Westdeutschland wegen seines Eintretens für die Verständigung ■ der Arbeiter beider deutscher Staaten verurteilt worden war und monatelang im Lübecker Gefängnis gesessen hatte. Er erklärte: „Es wird bei uns nie passieren, daß man Menschen einsperrt, die für den Frieden und die Wiedervereinigung eintreten.“

In seinem Schlußwort unterstrich der Vorsitzende des Bezirksausschusses der Nationalen Front die Ausführungen des Arbeiters. Er sagte, daß in unserer Justiz für solche Menschen, wie z. B. den ehemaligen Schweriner Richter Schramm, der vor 1945 einen 18-jährigen Jungen wegen des Diebstahls von Zigaretten zum Tode verurteilt hatte und heute in Westdeutschland eine ansehnliche Pension bezieht, kein Platz mehr ist.

*

Die bisherigen Auftaktveranstaltungen zeigen das ständig wachsende Interesse und Verantwortungsgefühl unserer Bürger für die Tätigkeit der Justizorgane. Dies kommt deutlich in ihren Fragen und Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck, von denen im vorstehenden nur ein kleiner Ausschnitt wiedergegeben werden konnte. Deshalb müssen sich die Richterkandidaten gewissenhaft und mit hohem politischen Verantwortungsbewußtsein auf die Wahlveranstaltungen vorbereiten. Das bedeutet u. a., daß sie eine genaue Kenntnis der Situation in dem Betrieb, der LPG oder der Gemeinde haben müssen, in der die Veranstaltung stattfindet.